

Osnabrück: „Islam Mosque“ im Marienhospital



Das

AllahMarienhospital (MHO) in Osnabrück wollte sich nicht lumpen lassen, als vor einem Jahr Vertreter der muslimischen Gemeinden mit dem bescheidenen Wunsch an die Klinikleitung herantraten, man möge doch dort bitte einen Gebetsraum für fromme MuslimInnen einrichten. Für gut 6000 Euro gestaltete das [Krankenhaus ehrerbietig die Gebetsstätte](#), der ein Patientenzimmer weichen musste, ganz nach den Wünschen der neuen Herrschaft aus dem Orient. Mit Versen aus dem Koran (Sure 9 Vers 5, Sure 8, Vers 55, Sure 8, Vers 60?) weihte Imam Kemal Salihovic von der bosnisch-muslimischen Gemeinde den kleinen Gebetsplatz jetzt überglücklich ein.

(Von Verena B., Bonn)

Vorgelagert ist ein Bereich zur Ablage der Schuhe und zur rituellen Reinigung. Frauen und Männer können den neuen Gebetsplatz zusammen nutzen. Er steht grundsätzlich auch Menschen anderen Glaubens offen. Bedingung: Sie müssen den Gebetsraum sauber betreten und die Gefühle anderer respektieren. Der katholische Seelsorger des MHO, Gerd Robben, zeigte sich überzeugt, „dass neben der christlichen Kapelle auch von dem neuen Gebetsraum eine positive Wirkung ins Haus und in die Herzen der Menschen hinein wirkt.“

Als einen „Mehrwert bei der Genesung“ bezeichnete Gökhan Güzel die Gebetsmöglichkeit. „Erst wenn Körper, Geist und Seele im Einklang sind und sich positive Energien freisetzen, kann eine schnellere Entspannung und Regeneration des Körpers stattfinden“, meinte der Vertreter und Koordinator der muslimischen Gemeinden Osnabrücks. Güzel bedankte sich bei allen, die an der Entstehung beteiligt waren.

Für den Krankenhausverbund der Niels-Stensen-Kliniken ist es bereits die zweite Möglichkeit für Muslime, ihre religiösen Pflichtrituale zu praktizieren. Im Christlichen Klinikum Melle richtete man bereits vor geraumer Zeit einen Raum für betende Moslems ein, denn das ist gut fürs Geschäft.

Früher gabs in Krankenhäusern mal Raucherzimmer für lustige Zigarettenfanatiker, heute gibt es Gebetsräume für sittsame Religionsfanatiker. So ändern sich die Zeiten, und wem das nicht passt, der soll sich in der Türkei behandeln lassen und im dortigen Krankenhaus einen Gebetsraum für Christen fordern!

Video: „Stand-Up-Comedian“ Kretschmann



Eine

sehr

unterhaltsame Regierungs-Posse gibt es aktuell im beschaulichen Baden-Württemberg zu bestaunen. So hat sich doch tatsächlich der CDU-Fraktionschef Peter Hauk regelrecht „getraut“, der grün-roten Landesregierung einmal ordentlich die Leviten zu lesen. Im Verhalten der Grünen erkennt er einen „Gesinnungsterrorismus“ in allen Bereichen ihrer Politik. Zur Begründung erklärte er, die Grünen machten den Bürgern Vorschriften, wie sie zu leben hätten, „die angebliche Bürgerregierung entpuppe sich als Bevormundungsregierung“.

(Von cantaloop)

Und er tat dies auch umgehend öffentlich kund – wohl auch mit der Absicht, genüsslich ins grüne Wespennest zu stechen. Das ist ihm gelungen, denn jetzt ist natürlich „Feuer unterm Dach“ in der schwäbischen Hauptstadt.

Die Empörung der so gescholtenen ließ natürlich nicht lange auf sich warten – und so konnte man als Außenstehender erneut Zeuge einer astreinen „Argumentum ad Hominem“ werden. Nämlich anstatt inhaltlich auf die wahrhaft berechtigten und dezidierten Aussagen des Herrn Hauk einzugehen, wurde, wie nicht anders zu erwarten, [die moralisierende Keule ausgepackt](#) – in diesem Falle von der grünen Fraktionschefin Edith Sitzmann persönlich: „Herr Hauk stolpert und irrt durch das Land auf der Suche nach seinem eigenen Profil“. Mehr ist ihr nicht eingefallen, außer den diplomierten Forstwirt Hauk, der aufgrund seiner Ausbildung sicher mehr grüne Kompetenzen aufweist als die Kunsthistorikerin Sitzmann, in die Nähe eines Schwachsinnigen zu rücken.

Sehr dünnhäutig sind sie geworden, die ach-so-guten Grünen. In der Vergangenheit waren sie nicht so zimperlich, hinsichtlich deftiger verbaler Äußerungen – da wurde der regierenden CDU schon mal das Attribut „Lügenpack“ verliehen.

Alles wie gehabt – im Austeilen sind unsere BW-Grünen immer ganz vorne dabei, aber berechnete Kritik wird stets unisono

und empört zurückgewiesen – der Kritiker bekommt natürlich auch noch gleich die „Ad Hominem Klatsche“ verpasst und wird in die „rechte Schmuddelecke“ gestellt. Das ist also gelebte grüne Demokratie.

Wer sich einmal richtig amüsieren will, sollte sich den zutiefst entsetzten Ministerpräsidenten Kretschmann [in dem verlinkten SWR-„Rotfunk“-Artikel](#) (siehe Video unten) anhören – alleine sein Duktus und seine Rhetorik sind unbedingt hörensenswert. Das ist fast schon comedy-reif...

Da sind wir mal gespannt auf den anstehenden baden-württembergischen Wahlkampf – in dem Peter Hauk höchste Ambitionen hat.



Die GONGO-Kette



Wie wir alle bereits wissen, ist Europa so etwas wie ein Schlaraffenland für Taugenichtse. Neben den oft üppigen Sozialleistungen für „Arbeitsunfähige“ gibt es auch einen breiten Sektor von NGO's und GONGO's ([government organized non-governmental organization](#)), wobei alle zusammen oftmals im selben Topf rühren und so eine Art Symbiose unter den Parasiten eingehen. Biologisch gesehen ist das an sich ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, da in Flora und Fauna eher ein Konkurrenzkampf bis hin zur Verdrängung stattfindet, in unserer heutigen gesellschaftlichen Realität sind das aber alles „Brüder und Schwestern im Klassenkampf“.

(Von MPig)

[Wie PI berichtete](#) veröffentlichte der Europarat gestern mal wieder seinen ECRI-Bericht über Deutschland zum Thema [Rassismus, Diskriminierung, Hassreden, LGBT](#) und anderem Gedöns. Nun werden sich einige die Frage stellen: Wer oder was ist der Europarat? Kurz gesagt – eine weitere Schwafelrunde aus 47 Nationalstaaten mit dickem Budget, die sich verantwortungsvoll um die Menschenrechte sorgt. Neben den EU-Ländern sitzen da eben z.B. auch „Europäer“ wie die Türkei (Aufnahme 1949 noch vor Deutschland), Armenien, Georgien oder Aserbaidschan mit in der Runde, „klassisch völkerrechtlich“ finanziert nach Einwohnerzahl und Bruttosozialprodukt, also maßgeblich von uns.

Nun wird der aufmerksame PI-Leser keine allzu große Erwartungshaltung an derlei Berichte haben, und tatsächlich beschäftigt sich dieses Pamphlet auch wieder mit NSU, NPD, Integration, Inklusion von Sinti und Roma, Homophobie, Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund gegenüber jenen mit „höheren sozioökonomischen Status“ bei der Empfehlung für das Gymnasium – kurz, alles bleibt schlecht in Deutschland. Überraschend lässt sich der Europarat aber zudem nicht dazu entblöden, zu Sarrazin folgendes zu vermerken:

ECRI bedauert, dass durch diesen Rassismus angefeuerte Hassreden selbst in öffentlichen Debatten auftauchen, ohne dass sie immer eindeutig verurteilt werden. Bereits in ihrem vierten Bericht hat ECRI ihrer Sorge über bestimmte Äußerungen über Muslime Ausdruck verliehen, die sich auf Sicherheitsfragen oder ein mutmaßliches „Integrationsdefizit“ konzentrierten. ECRI bedauert, dass Thilo Sarrazin, ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und Politiker der Sozialdemokratischen Partei (SPD), ähnliche Bemerkungen in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ machte. ECRI ist tief besorgt über die Tatsache, dass mehrere Publikationen, einschließlich der Bild-Zeitung und des Spiegel, Auszüge aus diesem Buch gedruckt haben.

Darüber hinaus haben diese rassistischen Äußerungen in der auf die Veröffentlichung folgenden Debatte erhebliche Unterstützung erhalten, über die von den Medien umfangreich berichtet wurde, obwohl nachgewiesen wurde, wie eng die vorgebrachten Argumente den Theorien der Eugenik kamen, die von den Nationalsozialisten befürwortet wurden.

Nun ist Sarrazin ja inzwischen eine bekannte Persönlichkeit und Bestsellerautor, deshalb entzückt vielmehr die folgende Aussage – Ehre, wem Ehre gebührt – im Bericht:

Die Staatsanwaltschaft in München hat ein Verfahren gegen eines der aktivsten Mitglieder der Internetseite „Politically

Incorrect", Michael Stürzenberger, eingeleitet.

Herzlichen Glückwunsch PI und Michael, jetzt spielen wir auf dem ganz großen Parkett mit. Man beschäftigt sich auf der höchsten politischen Ebene, von Aserbaidschan bis Zypern, mit unserem Widerstand. Zwar ist die Erwähnung zwischen Altermedia, Whitekinightseuropa und einer Holocaustleugnung etwas obskur, aber aller Anfang ist schwer und im nächsten Bericht werden wir sicher schon einen eigenen Absatz bekommen.

Neugierig machte mich dann aber die Quellenangabe in der Fußnote, wo etwas von „Fekete“ stand, was ich erst für eine seltene Geschlechtskrankheit hielt. Tatsächlich handelt es sich aber um Liz Fekete, die Direktorin des „Institute of Race Relation“ mit Sitz in London. Wie aber kommt Lizzy aus London dazu, über Michael Stürzenberger zu berichten? Und so stößt man bei ihren Aktivitäten auf eine Tingel-Tangel-Tour durch deutsche Veranstaltungen im „Kampf gegen Rechts“, die sie vermutlich als Honorarprofessorin absolvierte. Hier traf sie auf Eike Sanders, eine Ansprechpartnerin von NSU-watch. Dies ist ein Projekt, das von a.i.d.a. maßgeblich initiiert wurde und in deren Räumlichkeiten in München eine Anlaufstelle unterhält. In diesem a.i.d.a.-Theater wurschtelt ja bekanntlich auch OB Udes Personal zur Rechtsabschirmung kräftig mit, und so liegt der Verdacht nahe, dass über diese Kette uns der Ruhm zuteil wurde.

Der Staat bzw. eine bestimmte Polit-Kaste unterhält sich hier Nichtregierungsorganisationen, die es über politisches Meinungsdesign schaffen, in einem internationalen Gremium die Richtung vorzugeben, wie die Bundesregierung in Zukunft zu verfahren hat, und das sieht dann im ECRI-Bericht z.B. so aus:

ECRI empfiehlt den deutschen Behörden, eine Verpflichtung in das Recht aufzunehmen, die öffentliche Finanzierung von Organisationen, einschließlich politischer Parteien, einzustellen, die sich für Rassismus einsetzen.

Oder:

ECRI empfiehlt den deutschen Behörden, systematisch konkrete Belange von Transsexuellen in ihre Aktionspläne zur Förderung der Gleichstellung aufzunehmen und die finanzielle Unterstützung von Organisationen, die sich für ihre Rechte einsetzen, zu erhöhen.

Dann doch lieber Bunga, Bunga als Gongo, Gongo!

Borghezio hisst im EU-Parlament Schweizer Fahne: „Es reicht mit der europäischen Diktatur!“



Der italienische Politiker Mario Borghezio hat heute im Europaparlament die Schweizer Fahne gehisst. Dabei rief er vehement: „Europa muss den Willen des Schweizer Volkes akzeptieren. Es lebe die

Freiheit! Es lebe der Föderalismus! Es reicht mit der europäischen Diktatur!“

Der [Schweizer Blick](#) berichtet:

[...] Nach seinem lautstarken Auftritt wurde der Schweiz-Bewunderer des Parlaments verwiesen. Unter anhaltendem Protest verliess er schliesslich den Plenarsaal.

SVP-Reimann vor Ort: «Es war grossartig!»

Kaum raus aus dem Saal wurde er von einem jungen Mann angesprochen. Borghezio mochte nicht recht und versuchte ihn im Ärger wegzustossen. Als er aber aufgeklärt wurde, dass sein Gegenüber ein Schweizer Parlamentarier ist, horchte er auf.

Es handelte sich nämlich um SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der die Aktion auf der Zuschauertribüne live mitverfolgte. «Es war grossartig, wie die Schweizer Fahne im Machtzentrum der EU gehisst wurde», so der St. Galler Politiker zu Blick.ch. Die Hälfte der Zuschauer hätte dem Auftritt des Italieners Beifall geklatscht, will er beobachtet haben.

Im Gespräch mit Borghezio habe er ihm zur Aktion gratuliert. Der Lega-Mann sei sichtlich angetan gewesen und bezeichnete die Schweiz als «Vorbild». [...]

Auch wir sagen: Eine großartige Aktion von Mario Borghezio!
Bitte mehr davon!

» Kontakt: mario.borghezio@europarl.europa.eu

Hier das Video:



Aachener Kirchenzeitung: Fundamentalismus ist kein rein muslimisches Problem



[Die Kundgebung der](#)

[Salafisten](#) und die Gegendemonstrationen am 8. Februar 2014 in Mönchengladbach (der islamische Einpeitscher Sven Lau wurde inzwischen [unter Terrorverdacht verhaftet](#)) veranlasste den Religionsexperten Garnet Manecke von der [Aachener Kirchenzeitung](#) zu einer tiefsinnigen Betrachtung über christlichen und muslimischen Fundamentalismus. In seinem Artikel [„Wenn Glaube fanatisch ist“](#) weist Manecke darauf hin, dass auch Christen für Fundamentalismus zunehmend offen seien. Diese Offenbarung erschreckt uns über alle Maßen, so dass wir uns ein paar Gedanken darüber gemacht haben.

(Von Verena B., Bonn)

Der Religionsexperte beklagt in seinem Artikel unter anderem, dass das öffentliche, fromme Gebet der radikal-

fundamentalistischen Muslime (hier: Salafisten) in Mönchengladbach durch respektlose, grelle Pfiffe der Gegendemonstranten sowie Flaschenwürfe und Bengalos rechter Hooligans gestört wurde, während doch das „Bündnis für Menschenrechte“ für ein friedliches Miteinander von Christen und ~~radikalen~~ Muslimen warb und „Amnesty International“ für Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus extra wieder mal „aufgestanden“ war!

Unerwünscht war verwirrenderweise die Kundgebung der Grundgesetzpartei PRO NRW, die sich für Menschenrechte und gegen die menschenverachtende Ideologie des Islams aussprach und damit nach Auffassung von Manecke und anderen Gegendemonstranten genauso fundamentalistische Thesen vertritt wie die Salafisten. Deshalb wurde PRO NRW auch in etlicher Entfernung vom eigentlichen Geschehen platziert, denn solche radikalen und intoleranten Einlassungen sollten nicht das Missfallen der Salafisten und der Vertreter des Bündnisses ~~Toleranz der Intoleranz~~ für Menschenrechte erregen. Und der kluge Herr Manecke kommt daher abschließend zu dem Schluss: „Fundamentalismus hat viele Gesichter und Ideologien!“

Bei den in Mönchengladbach Propaganda betreibenden Islamisten handelte es sich laut Manecke zugegebenermaßen um ein paar übereifrige Muslime und Bilder von verschleierten Frauen und bärtigen Männern, die – notfalls mit Gewalt – den Rest der Welt bekehren wollen, aber: Auch unter Christen seien fundamentalistische Strömungen zu finden, und dies sei ein wachsendes Problem auch im Bistum Aachen.

Im aktuellen Arbeitsbericht des Fachbereichs Religionen und Weltanschauungsfragen im katholischen Beratungszentrum für Lebens- und Glaubensfragen werde eine zunehmende Anzahl von Anfragen aus dem Bistum zu diesem Thema registriert. Dabei leisten die Berater nicht nur Hilfe bei Fragen zum Salafismus. Auch der Umgang mit christlich-fundamentalistischen Gruppierungen beschäftigt die Ratsuchenden.

Vor zehn Jahren sei christlicher Fundamentalismus innerhalb und außerhalb der Kirchen kaum ein Thema gewesen, sagt Herbert Busch, Leiter des Fachbereichs Religionen und Weltanschauungsfragen. Nur ein bis zwei Prozent der Anfragen an ihn und sein Team hätten diesen Bereich betroffen. Inzwischen aber drehten sich rund 30 Prozent der Fragen um dieses Thema. Tendenz: steigend.

Ganz klar hat Busch hier die ungeliebte Pius-Brüderschaft im Visier, die in den Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils eine Bedrohung sieht und jedwede Öffnung oder Liberalisierung der Kirche ablehnt – ähnlich wie das die radikal-muslimischen Vertreter der „Wahren Religion“ tun, die den Koran und seine zahllosen Tötungsbefehle wörtlich interpretieren und das Morden und Abschlachten von unerwünschten Personen weltweit auch immer und immer wieder in die Tat umsetzen. Man mag sich darüber streiten, ob es noch zeitgemäß ist, den Katholizismus in seiner Urform zu praktizieren. Tatsache ist aber, dass wir bekanntlich „Religionsfreiheit“ propagieren, die demzufolge ohne Wenn und Aber auch für die Pius-Brüderschaft zu gelten hat!

Und warum jetzt hier die ganze, konstruierte Aufregung der Kirchenvertreter, die plötzlich Angst vor konservativen Katholiken, nicht aber vor konservativen Muslimen haben, und worin äußert sich eigentlich dieser angebliche katholische Fundamentalismus? Werden von diesen Christen Terrorpläne geschmiedet, oder haben diese, ihrem Glauben folgend, andere Menschen abgeschlachtet? Haben sich Katholiken schon einmal in die Luft gesprengt, um unschuldige Menschen mit in den Tod zu reißen? Weiß Manecke, was die islamische Gesetzgebung, die Scharia, beinhaltet und glaubt er, dass diese für uns erstrebenswert ist und man das Grundgesetz entsprechend anpassen sollte, damit auch islamischen Traditionen wie Christenverfolgungen, Frauenunterdrückung, Ehrenmorde, Zwangsehen, Kindesmissbrauch etc., die das Alltagsleben eines Korangläubigen nun mal in 57 Ländern dieser Welt bestimmen, im

Zuge einer falsch verstandenen Toleranz hingenommen werden sollen? Glaubt er wirklich, dass die islamische Kultur und Lebensweise mit unserer in Einklang zu bringen ist? Wir haben nun einmal eine christliche Vergangenheit und eine durch Kirchtürme geprägte Landschaft, in der als Zeugen einer zutiefst andersartigen „Kultur“ nun immer mehr Moscheen und Minarette als Zeichen der islamischen Landnahme aus dem Boden schießen und unsere eigene Kultur verdrängen.

Wessen Interessen werden im Bistum Aachen eigentlich vertreten, die von besonders frommen, friedlichen Katholiken oder die von besonders frommen, radikal-fundamentalistischen Muslimen? Sind tiefgläubige Katholiken in Aachen inzwischen nicht mehr erwünscht, tiefgläubige Muslime dafür umso mehr?

Hier kann man höflich nachfragen:

- » kirchenzeitung@einhardverlag.de
- » manecke@kirchenzeitung-aachen.de



Hamburg bekämpft Gewalt mit Aufklebern



Das Hamburger Abendblatt vom 24. Februar 2014 überraschte auf der Titelseite mit der

Überschrift: „[Zahl linker Gewalttaten steigt um 76 Prozent](#)“ Im Beitrag hieß es, die linke Szene in Hamburg sei 2013 deutlich gewalttätiger aufgetreten als zuvor. Dies gehe aus einer Erhebung der Innenbehörde hervor.

(Von Alster)

Abgefragt hat die Zahlen der CDU-Innenpolitiker Karl-Heinz Warnholz mit einer kleinen Anfrage an den Senat. Wie aus der Antwort hervorgeht, „hat die Polizei im Vorjahr insgesamt 770 Straftaten registriert, die als politisch motiviert eingeschätzt und von Anhängern der linken Szene begangen wurden. Sie richteten sich gegen „Leib und Leben“, gegen „Sachgüter“ oder gegen „Einrichtungen der Sicherheitsbehörden“.

Vor drei Wochen schrieb unsere vierte Gewalt in Hamburg, das „[Hamburger Abendblatt](#)“, im Leitartikel des Chefredakteurs Lars Haider:

Hamburg besiegt die Gewalt

Es ist ruhig in und um Hamburg, und das ist sehr gut so. Heute vor einem Monat berichteten selbst die „Tagesthemen“ und das „heute journal“ über Krawalle und Gefahrengebiete im Norden, zeigten Bilder, die der eine oder andere Journalist gar mit jenen aus der Ukraine verglich... Vorbei, zum Glück. Hamburg hat die Gewalt auf seinen Straßen deutlich schneller vertrieben, als sie gekommen ist. Auch wenn sich die Parteien in der Bürgerschaft am Ende seltsamerweise nicht auf eine gemeinsame Resolution gegen Gewalt einigen konnten, setzten die Bürger selbst ein eindeutiges Zeichen: Aus Steinen wurden Klobürsten, statt Flaschen flogen Kissen. Hunderttausende Menschen versammelten sich hinter der unter anderem vom Hamburger Abendblatt initiierten Aktion „Hamburger gegen Gewalt“, die dafür produzierten Aufkleber klebten und kleben an Zeitungsläden, Bussen, Taxis, liegen in Banken und Geschäften aus...

Wir erinnern uns: Der SPD-Fraktionschef Andreas Dressel kündigte eine [Großdemonstration gegen linke Gewalt](#) an. Er wurde zurückgepfeifen. Aus der Demonstration gegen linke Gewalt sollte eine Kundgebung gegen Gewalt an sich werden ([PI berichtete](#)).

In der Folge mühten sich die Medien, die linke Szene von Gewalt freizusprechen. Ein Beispiel aus der „[Frankfurter Rundschau](#)“, wo ein gewisser Politikwissenschaftler Sebastian Haunss gefragt wird:

Herr Haunss, nach den Vorfällen in Hamburg fordert die Union schärfere Strafen für gewalttätige Demonstranten. Man müsse der zunehmenden Radikalisierung der linken Szene etwas entgegensetzen, wird argumentiert. Können Sie dem folgen?

Haunss: Nein. Ich halte es für extrem gewagt zu behaupten, dass es einen langfristigen Trend der Zunahme von linker Gewalt gibt. Es gibt keine belastbare Daten, die das belegen. Diese Behauptung beruht auf nicht überprüfbaren Aussagen des Verfassungsschutzes oder der polizeilichen Kriminalstatistik.

Zurück zur Realität und der Erhebung der Innenbehörde Hamburg zur tatsächlichen linken Gewalt.

Noch deutlicher wird diese Gewaltentwicklung, wenn die von Linksextremen begangenen Straftaten aus der Gesamtstatistik herausgehoben werden. Ihnen werden in Hamburg knapp 1120 Personen zugerechnet, fast die Hälfte von ihnen gilt als gewaltorientiert. [...] Angesichts der Gewaltentwicklung kritisiert Anfragesteller Warnholz: „Der Senat muss reagieren. Den Linksextremismus kann der Senat nicht länger kleinreden.“

Und nun aufgepasst, liebe Leser:

Die Innenbehörde unter der Leitung von Senator Michael Neumann (SPD) hält dagegen: „Gewalt ist kein Argument in der

politischen Debatte. Es gibt auch keinen Grund dazu. In Hamburg gibt es keine Toleranz für Straf- und Gewalttäter – egal, aus welcher angeblichen Motivation“, sagte Sprecher Georg Krüger.

Na, also, die Aufkleber reichen doch gegen Links-Gewalt.

Der Bundestag hat gerade eben nach den Folgen der „NSU-Ermittlungsspannen“ 50 Reformvorschläge für die Polizei, Justiz und Verfassungsschutz beschlossen. Neben stärkeren Kontrollen der Verfassungsschützer, verbesserten Info-Austausch zwischen Behörden, soll vor allen Dingen die Polizei bei Gewalttaten verstärkt einen rechtsextremen Hintergrund prüfen. Das gilt bestimmt auch für Hamburg.

Das weltoffene Hamburg verzeichnet stündlich größere Baustellen. Neben der unvollendeten Elbphilharmonie, dem HSV, der möglichst aus dem Keller noch Championsleague-tauglich werden soll, ist die Schul-Politik desaströs, Senioren werden verpflanzt, um Asylanten in die Heime zu schleusen, Stadtteile kommen abhanden, und die linke Gewalt gibt es nicht in der politischen Debatte. Aber dafür gibt es jede Menge traditionelle(!) Empfänge mit Glanz und Gloria. Gerade gab es das Matthiae-Mahl „im Zeichen der EU“, das auf die kommende Europawahl einstimmen soll.

Es wurden zwischen den Gängen Reden gehalten. Uns Olaf kann das: „Den Anfang machte Scholz nach der Vorspeise. Er warnte in seiner [Rede vor einer Abschottung Europas](#) an seinen Außengrenzen:

„Wenn es Europa gelingt, Grenzen und Barrieren im Inneren einzureißen und dadurch enger zusammenzuwachsen, dann muss es darauf achten, dass es nicht umso höhere Grenzwälle um das größere Ganze errichtet.“

Wir sollten bei PI eine wöchentliche Hamburg-Kolumne

einrichten. Titel-Vorschläge erbeten.

Berlin: Deutschkurs für 63-jährige Analphabetin

☒ Jung, gebildet und motiviert, das sind die Fachkräfte, die, so man den Politikern im Lande glauben darf, Deutschland „bereichern“ und die wir dringend benötigen. Denn ohne diese Leute wird die erfolgreichste Wirtschaftsmacht Europas zusammenbrechen und verschwinden im hoch qualifizierten Rest der Welt, der uns seine „Wissenschaftler“ doch scharenweise bereit wäre zur Verfügung zu stellen. Soweit die Propaganda – die Realität steht dem diametral gegenüber.

(Von L.S.Gabriel)

In der Zeitschrift „[Auf einen Blick](#)“ (Nr. 9 vom 20.02.2014) findet sich auf Seite 5 der Bericht über eine 63-jährige türkische Analphabetin, die als „berufsbildende Maßnahme“ vom Jobcenter zu einem Deutschkurs verpflichtet wurde.

Nun ist es sehr gut, dass man sich seit 2011 von Gesetzes wegen darum kümmert, dass die ins deutsche Sozialsystem strömenden Massenzuwanderer zumindest gezwungen werden, unsere Sprache zu erlernen. Was es allerdings für einen Mehrgewinn haben soll, dass eine pensionsreife Hartz IV-Wirtschaftsmigrantin, die nicht einmal in ihrer eigenen Sprache lesen und schreiben kann, um sage und schreibe 2.822 Euro Steuergeld in einem Kurs sitzt, in dem sie nicht nur kein Wort versteht, sondern auch keine Aussicht hat ihn irgendwie klüger zu verlassen, ist nicht nachzuvollziehen.

Ganze 960 Stunden wird Cehavir Kalkan (Foto) nun die Schulbank

drücken. Solange hat die Türkin noch nie eine Schule von Innen gesehen. Finanziert wird der Behördenschwachsinn vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Weigert sie sich, kann man ihr die Auszahlung der Hartz IV-Leistung streichen. Und wohl deshalb und auch, weil sie vermutlich das erste Mal im Leben gezwungen wird, etwas zu leisten, ist die Frau „psychisch total fertig“, schreibt das Blatt.

Ja, den deutschen Steuerzahler macht so etwas auch „total fertig“. Was für ein Irrwitz auf unsere Kosten.

(Spürnase: Valentin)



Der Urknall



Mit dem erwarteten und von vielen erhofften Urteilsspruch hat das Bundesverfassungsgericht der deutschen Zugangshürde zum Europäischen Parlament endgültig den Garaus gemacht: [Für die Europawahl gelten keine Prozentklauseln mehr.](#) Die Karlsruher Richter haben damit dem Volk ein Stück der grundgesetzlich garantierten Macht zurückgegeben, die ihnen von den Parteien

gestohlen worden war.

(Kommentar von Ramin Peymani)

Künftig werden wir also viele neue Gesichter und hoffentlich auch mehr unabhängige Stimmen im EU-Parlament erleben. Und die Kaste der Berufspolitiker der Alt-Parteien wird noch verbissener in den eigenen Reihen um die bestbezahlten Fleischtöpfe kämpfen. Oder – wie der ehemalige FDP-Politiker Chatzimarkakis – sein Glück in einem Land suchen, wo die Chance größer ist, irgendwie doch noch an den Tropf des europäischen Steuerzahlers gelegt zu werden.

Heulen und Zähneklappern löst das Karlsruher Urteil aber auch bei den Euro-Fetischisten aus, die auf Biegen und Brechen ihre längst gescheiterte Gemeinschaftswährung künstlich am Leben erhalten wollen. Sie müssen sich in Deutschland auf heftigen Gegenwind einstellen und um ihre parteipolitisch abgesicherte Mehrheit fürchten. Endlich besteht also nun eine realistische Chance zur Umkehr, um dem währungspolitischen Spuk der vergangenen 15 Jahre ein Ende zu bereiten.

Dem bevorstehenden Europawahlkampf hat das Bundesverfassungsgericht neues Leben eingehaucht. Nicht weniger als ein politisches Erdbeben ist zu erwarten, wenn am 25. Mai erstmals seit vielen Jahrzehnten eine Wählerstimme wieder einen Wert hat. Wir dürfen uns auf eine kontrovers und offen geführte Debatte freuen, in der die Euro-Lobby Farbe bekennen muss und durch vernünftige Stimmen aller Lager nicht nur überführt, sondern anschließend im Europäischen Parlament auch wirkungsvoller als je zuvor bekämpft wird.

Die Voraussetzungen sind geschaffen, um dem Irrsinn eines europäischen Bundesstaates Einhalt zu gebieten und den nationalen Parlamenten ihre Entscheidungskompetenzen zurückzugeben. Aber damit ist erst ein kleiner Schritt auf dem Weg hin zu einer Zerschlagung des deutschen Parteienoligopols gemacht. Als nächstes gilt es darauf hinzuwirken, dass die

Parteienfinanzierung aus Steuermitteln vollständig abgeschafft wird. Erst dann besteht die Chance, dass aus den Berliner Selbstbedienern irgendwann wieder Diener des Volkes werden.



Lesen Sie mehr im aktuellen Buch des Autors: [„Die Klodeckel-Chronik – Eine Gesellschaft auf dem Irrweg“](#) (ISBN 978-3-7322-9307-0). Zum Inhalt: Bevormundung, Umerziehung und Gleichmacherei, stets im scheinbar unangreifbaren Gewand der Political Correctness. Immer neue Lebensbereiche werden von schier unerbittlicher Regelungswut erfasst oder fallen dem voll entflammten Tugendfuror zum Opfer. Diesem Zeitgeist stellt sich die Klodeckel-Chronik entgegen, die viel mehr ist, als die Zusammenstellung der beliebten Texte aus Peymanis [wöchentlichem Blog](#). Mit neuen, bisher unveröffentlichten Inhalten und überarbeiteten Beiträgen, die nichts von ihrer Scharfzüngigkeit eingebüßt haben, ist dieses Buch ein überzeugendes Plädoyer für die Freiheit.

Beatrix von Storch: EU ein

Staatenbund und keinesfalls ein Bundesstaat

Wenn das Ziel nicht klar ist, dann ist es auch nicht der Weg. Wer ziellos herumirrt, der wird in vielen Sackgassen landen und sich am Ende fragen, wie er dort hinkommt. Genau das ist das Problem der Europäischen Union und der Europapolitik. Für große Teile des deutschen Establishments heißt das Zauberwort „Bundesstaat“. Die Europäische Union soll nach ihrer Ansicht ein Bundesstaat werden, mit einer Regierung, einem Parlament, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Länderkammer. Im Grunde also wie die Bundesrepublik, nur in groß. Die alten Nationalstaaten sollten in diesem Gebilde aufgehen und auf die Bedeutung von Bundesländern reduziert werden. Besonders bei der Generation von Nachkriegspolitikern, zu denen Kohl, Genscher und Schäuble gehörten, galt das als das ultimative Ziel des europäischen Einigungsprozesses.

Das Problem ist nur, dass die anderen Nationen weit weniger Grund hatten, aus ihrer Geschichte zu flüchten, als die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte. Für die Briten und Franzosen war es nicht plausibel, dass sie ihre eigene nationale Souveränität aufgeben sollten, um sich auf den Rang eines Bundeslandes herabstufen zu lassen. Sie dachten gar nicht daran, ihre eigenständige Sicherheits- und Außenpolitik aufzugeben, um Teilen des deutschen politischen Establishments ihren Traum zu erfüllen... (Fortsetzung [des Artikels hier!](#) Man kann jeden Buchstaben unterschreiben!)



EU-Wahl: Drei-Prozenthürde verfassungswidrig



Das

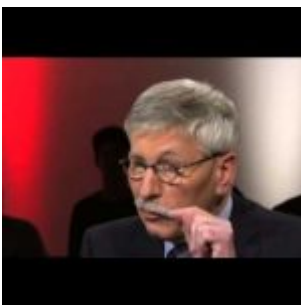
Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschied am Mittwoch, die [Drei-Prozent Hürde im Europawahlrecht](#) verstößt gegen die Chancengleichheit und ist somit verfassungswidrig. Mehrere kleine Parteien hatten gegen die Sperrklausel geklagt. Mit dieser Entscheidung erhöhen sich deren Chancen bei der Wahl am 25. Mai 2014 um ein Vielfaches. Im Urteil (AZ: 2 BvE 2/13) der Karlsruher Richter heißt es, die Drei-Prozent-Hürde würde „unter den gegenwärtigen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen gegen die Grundsätze der Chancengleichheit der politischen Parteien und der Wahlrechtsgleichheit“ verstoßen. Die Wahlrechtsgleichheit stellt sicher, dass jeder Wähler mit seiner Stimme den gleichen Einfluss auf die Wahl haben muss. Auch wenn das Urteil sehr knapp mit fünf zu drei Stimmen ausfiel, ist es eine Ohrfeige für die Politik und ein Sieg für

die Demokratie.

» [Stellungnahme von PRO NRW](#) zur Entscheidung

Nigeria: Islamische Terror-Sekte schlitzt Schülern Kehle auf

Die islamische Terrororganisation Boko Haram hat im Nordosten Nigerias mindestens 43 Schüler ermordet. In den frühen Morgenstunden haben die Mohammedaner Feuer in einem Internat bei Damaturu im Bundesstaat Yobe gelegt. *Flüchtende hätten sie erschossen oder ihnen die Kehlen durchgeschnitten, berichteten nigerianische Medien unter Berufung auf überlebende Zeugen. Das zu dem Schulkomplex gehörende Internat setzten die Angreifer in Brand, während die Schüler noch schliefen.* So kennen wir den Islam, die *Religion des Friedens*, [der weltweit das ganze Jahr](#) beinahe im Stundentakt Unschuldige und Andersgläubige mit Mord und Totschlag überzieht!



Bettina Röhl über die Heulbojen gegen Sarrazin

Reflexartig reagieren die feuilletonistischen Propagandisten des politisch korrekten Mainstreams auf einen gewissen Herrn, der auf den Namen Thilo Sarrazin hört. Und dieser Herr hat ein neues Buch geschrieben, mit dem Titel „Der neue Tugendterror“. Darin geht es um die politische Korrektheit, um Denkge- und verbote und um die implodierende Meinungsfreiheit, die in den millionenfach gedruckten Exemplaren des Grundgesetzes mindestens noch auf dem Papier steht.

„Sir, Geben Sie Gedankenfreiheit!“ lässt Friedrich Schiller den spanischen Infanten Don Carlos verlangen. Das waren noch lebenswerte Zeiten. Ein Hirn und ein Herz voller freier Gedanken und Zensoren aus Fleisch und Blut, denen man mit Schneid oder einem Tritt in den Hintern Gedankenfreiheit abringen konnte.

Die Feuilletonisten werden zu Heulbojen und schießen Gift und Galle, wenn Gefahr für den Mainstream auch nur drohen könnte. Und sie schießen Gift und Galle ganz selbsttätig, ohne, dass sie dazu angehalten oder speziell dafür bezahlt würden. Seit langem kontern sie alles, was sie als negativ für den Status quo fürchten und dabei gehen sie eisenhart und extrem humorlos vor.

Man erkennt die Mainstream-Propagandisten daran, dass sie stereotyp, wortreich, ein bisschen von oben herab näselnd, auf eine extrem dümmliche Art historisierend und in einer Lässigkeitsattitüde, die etwas Armseliges hat, behaupten, den offensichtlichen politisch korrekten Mainstream gäbe es gar nicht. Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart noch sei ein solches Phänomen für die Zukunft zu befürchten (siehe beispielsweise Joachim Käppner in der Süddeutschen Zeitung vom letzten Wochenende „Schreck lass nach“, nicht online

verfügbar). Und dieser Propagandistentypus ist zugleich kraft seiner Existenz der schlagende Beweis dafür, dass es den furchtbaren, politisch korrekten Mainstream gibt und dass dieser Mainstream die Gehirne der Menschen und die ganze Gesellschaft vergiftet...

([Aus Bettina Röhl's neuer Kolumne](#) in der WiWo. Sie kommt zum selben Schluß wie [wir gestern](#). Die Mainstreampresse beweist gerade aktuell wieder mit ihren gleichgeschalteten negativen Kommentaren zum neuen Sarrazin-Buch, daß er zu 100 Prozent recht hat!)

Video: n-tv „Das Duell“ – Thilo Sarrazin vs. „Heulsuse“ Daniel Bax (taz). Sendung vom [25. Februar 2014](#).

oder:

AIDA-Kreuzfahrt bringt Asylanten mit



Die „Aidabella“ stieß [laut BILD](#) bei einer Karibik-Kreuzfahrt auf zwei schiffbrüchige Haitianer und nahm sie unter Anteilnahme der

Passagiere an Bord. Beim nächsten Stopp in Jamaika sollten sie den dortigen Behörden übergeben werden, aber die weigerten sich zum Erstaunen der deutschen Gutmenschen, die Männer aufzunehmen. Jetzt bringt sie die Aida mit nach Deutschland. Natürlich muß man Schiffbrüchige retten, aber die zwei Haitianer sind wohl eher Wirtschaftsflüchtlinge, die mit ihrem Boot an ein wohlhabenderes Ufer wollten. Weiß nicht warum, aber irgendwie finde ich die Geschichte lustig und empfehle der Aida-Reederei noch mehr Rettungs-Kreuzfahrten. Warum nicht das ganze Jahr vor der nordafrikanischen Küste zwischen Tunesien und Lampedusa kreuzen?